

Mediendebatte um PIK

Institut weist Vorwürfe zurück / Neues Projekt

POTSDAM - Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) hat Vorwürfe zurück gewiesen, es würde unseriös arbeiten. In einer Mediendebatte in der FAZ hatten Journalisten behauptet, die Potsdamer Forscher würden „Katastrophenmythen wider besseres Wissen“ befördern. Dieser Vorwurf sei „blanker Unsinn“, sagte PIK-Chef Hans Joachim Schellnhuber gestern den PNN.

Unterdessen wurde gestern das neueste PIK-Projekt der Presse vorgestellt. PIK-Forscher wollen im Auftrag des katholischen Hilfswerkes Misereor zusammen mit dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie München in den kommenden drei Jahren den Zusammenhang zwischen globaler Erwärmung und weltweiter Armut erfor-

schen. Ziel des Vorhabens sei es der Politik, aber auch den Verantwortlichen in den Dritt-Welt-Ländern, konkrete Handlungsempfehlungen gegen den Klimawandel zu geben. „Die Entwicklungsländer, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, leiden am stärksten unter den Folgen“, sagte Schellnhuber in Potsdam. Ein weltweiter, gerechter Handel mit Rechten für den Kohlendioxidausstoß könne den Klimawandel und die Armut bekämpfen. „Das würde Afrika einen enormen Entwicklungsschub ermöglichen, mehr als jede Entwicklungshilfe“, so Schellnhuber. Finanziert wird das Projekt von Misereor und der Münchner Rück-Stiftung.

AP/PNN

— Seiten 27 und 28

Globaler Handel gegen Klimawandel

Potsdamer PIK-Forscher arbeiten mit
Gesellschaftswissenschaftlern zusammen

POTSDAM - Ein weltweiter Handel mit Rechten für den Ausstoß von Kohlendioxid könnte nach Experteneinschätzung sowohl den Klimawandel als auch die Armut in Entwicklungsländern bekämpfen.

„Das würde Afrika einen enormen Entwicklungsschub ermöglichen, mehr als jede Entwicklungshilfe“, sagte der Direktor des Potsdam-Institutes für Klimafolgenforschung (PIK), Hans-Joachim Schellnhuber, am Dienstag: „Entwicklungs- und Umweltpolitik müssen sich verschränken.“ Im Auftrag des katholischen Hilfswerkes Misereor wollen das PIK und das Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie München in den kommenden drei Jahren den Zusammenhang zwischen globaler Erwärmung und weltweiter Armut erstellen. „Die Entwicklungsländer, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, leiden am stärksten unter den Folgen“, sagte

Schellnhuber, der auch klimapolitischer Chefberater der Bundesregierung ist.

„Diese doppelte Gerechtigkeitslücke gilt es zu schließen.“ PIK-Chefökonom Ottmar Edenhofer erklärte, ein funktionierender weltweiter Handel mit Emissionsrechten sei aus seiner Sicht das zentrale Element bei der Bekämpfung von Klimawandel und Armut. Dabei würde jedem Land das Recht für den Ausstoß einer bestimmten Menge Kohlendioxid pro Einwohner zugeteilt. Länder mit wenig Industrie, die ihre Rechte nicht ausschöpfen, könnten ihre Zertifikate meistbietend an Staaten verkaufen, die mehr CO₂ ausstoßen.

Für eine gerechte Lösung müsse bis 2050 jedes Land das gleiche Emissionsrecht je Einwohner erhalten, so Edenhofer. Es gebe schon mehrere regional begrenzte Initiativen, etwa in Kalifornien oder Hongkong: „Für die Zukunft kommt es darauf an, diese Inselösungen zu verknüpfen.“ AP